09.03.2013 Reutlinger Nachrichten

Das Ende der Solidarität

Den sozialen Beschäftigungsträgern steht das Wasser bis zum Hals. Und den Langzeitarbeitslosen noch viel höher. So lautete das Fazit bei einer Expertenrunde am Donnerstagnachmittag in Reutlingen.

Autor: NORBERT LEISTER



Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke (links) hörte aufmerksam zu, was die Expertenrunde zu den drastischen Kürzungen der Eingliederungshilfe zu sagen hatte. Foto: Norbert Leister

Die Mittel zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sind drastisch gekürzt worden - "um 50 Prozent innerhalb der vergangenen beiden Jahre", betonte Manfred König von Pro Labore beim Expertengespräch zu diesem Thema. Auch Ulrich Häfele als Geschäftsführer der Agentur für Arbeit bestätigte das, allerdings seien die Zahlen der Langzeitarbeitslosen in der Region im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt nicht gleich geblieben, sondern leicht gesunken. Und im kommenden Jahr sollen hier 14 Plätze für schwer vermittelbare Menschen ohne Arbeit geschaffen werden. "Nötig wären aber mindestens 100", warf König ein.

Wie berichtet, halten die sozialen Beschäftigungsträger wie Neue Arbeit, DaCapo, Bruderhaus-Diakonie und eben auch Pro Labore die "Instrumentenreform" der Bundesregierung durch die drastische Mittelkürzung nicht nur für das Ende der Solidarität mit den Langzeitarbeitslosen - gleichzeitig werde auch die Existenz der sozialen Träger gefährdet, wie etwa Wolfgang Schreiber (Neue Arbeit) hervorhob: "Wenn bei der Bundestagswahl im Herbst keine neue Regierung zustande kommt, dann gibt es unsere Einrichtung 2014 nicht mehr."

Was die Runde am meisten beschäftigte, war die Einführung eines sozialen Arbeitsmarkts - der aber im ersten Markt integriert sein müsste. Unterstützt wird diese Forderung auch von der Agentur für Arbeit und vom Kreis, wie sowohl Ulrich Häfele als auch Sozialdezernent

Andreas Bauer betonten. Nur: Die jetzige Bundesregierung tue alles dafür, um laut Schreiber "die Geschäftsgrundlage des zweiten Arbeitsmarkts zu zerschlagen". Wenn der Kreis auch wollte, "allein kann er das das Problem nicht stemmen", betonte Bauer. Wie hoch denn überhaupt die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der Bundesrepublik sei, fragte Karl-Ulrich Gscheidle vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt. Sie würde variieren zwischen 200 000 und einer Million, je nachdem welcher Zweck damit verfolgt werde, sagte Häfele. Genaue Zahlen lägen aber nicht vor. Die Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke sagte dazu: "Wir von den Grünen gehen von 400 000 Menschen aus, die in der Arbeitslosigkeit seit Jahren feststecken." Schlussendlich gehe es bei all dem doch um die Würde der Menschen, um Teilhabe, führte Günter Klinger vom Diakonieverband aus. In der Reutlinger Tafel oder im Hohbuch-Café habe er genau gesehen, wie "Langzeitarbeitslose aufblühen, wenn sie wieder eine Aufgabe haben". Ähnliches berichtete auch Gisela Steinhilber (AWO): "Bei DaCapo bitten die Beschäftigten nach Auslauf der Förderung darum, dass sie ehrenamtlich weiter arbeiten dürfen." Auch Wolfgang Grulke (Ridaf) sagte: "Fast alle unsere Beschäftigten haben wir über Ein-Euro-Jobs oder andere Arbeitsgelegenheiten gekriegt und dann fest angestellt - es stimmt, die sind alle regelrecht aufgeblüht."

Das Grundproblem liege woanders, sagte Steinhilber: "Es geht der Bundesregierung nicht um die Menschen." Sondern rein um Zahlen und um Statistiken. Was tun? Müller-Gemmeke stellte das Programm der Grünen vor: "Die Instrumentenreform muss zurückgenommen werden und ein sozialer Arbeitsmarkt installiert werden, in dem alle sozialversicherungspflichtig arbeiten können, inklusive Mindestlohn." Das sei alles durchgerechnet. Geld sei vorhanden. Anbieten könne jeder solch eine Arbeitsstelle, "also auch der Schreiner ums Eck, Zuschüsse sollen bis zu 100 Prozent möglich sein". Und das unbefristet.